
Teil II - Der EU-Ministerrat und die EU-Kommission
Teil I „Wie handlungsfähig ist/bleibt noch die EU-Kommission

von Gudrun Seidl,
Fachjournalistin EU-Recht, EU-Politik
http://www.cenjur.de/pages3/pmh_euwahl2004.htm

Freiburg im Breisgau 03. April 2004 [cen]
Zu Weihnachten 2002 hatte cenjur an einem PC-Beispiel¹ gezeigt, wie Kommission und Ministerrat VOR den Augen der Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter systematisch Produktionsstätten und damit Arbeitsplätze in Europa vernichten. Einerseits bestehen nämlich innerhalb der EU Schutzzoelle gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Gemeinschaft gehörenden Ländern (Drittstaaten) – andererseits hebt sich ganz offensichtlich der hinter verschlossenen Türen tagende Ministerrat unter Zuhilfenahme oder auf deren Vorschlag der Hüterin der Verträge einfach nach eigenem Gutdünken die Zolltarife per Verordnung auf oder setzt sie per Verordnung wieder ein (Kommission strickt passgenaue Muster dazu). Ob aber wann und wie lange dies gemacht werden darf, ist eigentlich geregelt, siehe Anmerkung von cenjur dazu. Uneigentlich scheint das aber Ministerrat und Kommission nicht zu interessieren. 20 Jahre sind durchaus üblich (siehe dazu Pressemeldung von cenjur zu Weihnachten 2002 auf Seite 2 das dort in rot Geschriebene zur Ratsentscheidung aus 1964²). Wen verwundert es da noch, dass fast alles an einem PC Vor-

handene nicht in und von der Gemeinschaft, sondern in Billiglohn-Drittstaaten hergestellt wird (siehe insbesondere die Ratsverordnung 950 aus dem Jahre 1968 oder 1 aus 1971). 2 weitere Beispiele:

Verordnung (EWG) Nr. 1569/80 des Rates vom 18. Juni 1980 ueber die zolltarifliche Behandlung bestimmter Erzeugnisse, die zur Verwendung beim Bau, bei der Instandhaltung oder der Instandsetzung von Luftfahrzeugen bestimmt sind Amtsblatt nr. L 159 vom 25/06/1980 S. 0001

„...Eine begrenzte Anzahl in der Gemeinschaft nicht erhaeltlicher Erzeugnisse wird ausserdem bei der Instandhaltung oder der Instandsetzung bestimmter Flugzeug- und Hubschraubertypen mit einem Leergewicht vom mehr als 2 000 kg bis 15 000 kg einschliesslich benoetigt. Es ist daher angebracht, die Zoelle des gemeinsamen Zolltarfs fuer diese Erzeugnisse auszusetzen...“

Offensichtlich „einfach“ ausgesetzt wird auch hier:

„Bulletin EU 10-2001 - Gemeinsame Handelspolitik (7/19) 1.6.32. Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/96 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte gewerbliche und landwirtschaftliche Waren sowie Fischereierzeugnisse.

Anmerkung cenjur: Auszug aus der Verordnung 1255/96:

„....Die in dieser Verordnung genannten Waren werden in der Gemeinschaft gegenwaertig nicht oder nur in unzureichender Menge hergestellt. Die Hersteller koennen somit den Bedarf der verarbeitenden Industrien der Gemeinschaft nicht decken. Es liegt im Interesse der Gemeinschaft, die autonomen Zollsaeetze des Gemeinsamen Zolltarifs fuer diese Waren vollstaendig oder teilweise auszusetzen. Es obliegt der Gemeinschaft, die Aussetzung dieser autonomen Zollsaeetze zu beschliessen....“

Zu ändernde Verordnung: Verordnung (EG) Nr. 1255/96 des Rates - ABl. L 158 vom 29.6.1996 -, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1159/2001 - ABl. L 169 vom 23.6.2001

Annahme durch die Kommission am 16. Oktober. Dieser Vorschlag erfolgte auf Grund der von den Mitgliedstaaten vorgelegten Anträge auf zeitweilige Aussetzung der autonomen Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs und umfasst eine Liste der Erzeugnisse, für die eine Aussetzung oder Verringerung der Zölle gerechtfertigt ist, sowie der Waren, für die im Gegensatz dazu die Aufrechterhaltung der Zollausssetzung angesichts der wirtschaftlichen Interessen der Gemeinschaft nicht mehr gerechtfertigt ist. [KOM(2001) 587]

So lässt sich dies auch in anderen Fällen beliebig fortführen. Nun überlegen Sie sich, wer Deutschland bei diesem hinterhältigen Arbeitsplatzvernichtungsspiel („....Die in dieser Verordnung genannten Waren werden in der Gemeinschaft gegenwaertig nicht oder nur in unzureichender Menge hergestellt. Die Her-

steller koennen somit den Bedarf der verarbeitenden Industrien der Gemeinschaft nicht decken. Es liegt im Interesse der Gemeinschaft, die autonomen Zollsaeetze des Gemeinsamen Zolltarifs fuer diese Waren vollstaendig oder teilweise auszusetzen. Es obliegt der Gemeinschaft, die Aussetzung dieser autonomen Zollsaeetze zu beschliessen....“) durch Kommission und Ministerrat vertreten hatte und vertritt: heute Verheugen und Schreyer, gestern Bangemann und die ehemalige ÖTV-Vorsitzende Wulf-Matthies.

Hauptschuldiger der EU-Ministerrat, der nun auch noch auf 25 Mitglieder, dazu noch aus den Ostblockstaaten (!) anwachsen soll - und das bei diesem bereits seit Jahrzehnten vorhandenen - in Unkenntnis des EU-Rechts unbeantworteten (!?) - Produktionsstättenvernichtungsverhalten.

Schuldig auch die Hüterin der Verträge als offensichtlich williges Ausführungsorgan, die dominiert wird vom sogenannten Minirat³. Prodi wollte mehr Transparenz in die EU-Kommission bringen. Das genau aber hat er nicht, sondern noch mehr verschleiert. Er ordnete nicht nur die Generaldirektionen neu, er ordnete sie auch im Laufe seiner Amtszeit nach einem polyhierarchischen Muster unterschiedlichen Kommissariaten zu. Was will ich mit diesem Begriff sagen?

Die Generaldirektionen (GD oder auch DG im Englischen und Französischen) sind nicht so gegliedert und zugeordnet, dass jedes Kommissariat seine zuständige GD und jede GD das für sie zuständige Kommissariat hat, sondern mehrere GDs für ein und dasselbe Kommissariat zuständig sein können. Man weiss es nicht; man merkt dies nur, wenn man an einem Fall recherchiert und ständig hin und her gereicht wird. Diese Undurchsichtigkeit, diese Verschleierung schaffte Prodi. Ob bewusst oder unbewusst - da er Professor ist und an dieser Stelle sitzt (wo man nicht von ungefähr einfach so einmal hingelangt) gehe ich von Ersterem aus - diese Undurchsichtigkeit und Verschleierung muss raus!

Hier meine Infos zur neuen Prodi-Kommission aus 1999 und 2000, wo es mir eben genau um diese Transparenz ging, wie sie offensichtlich

zunächst von Prodi geplant war^{4 5}, sich aber dort bereits Prodi diese Hintertür, durch die er dann im Laufe seiner Amtszeit gegangen ist, wie folgt offenhielt:

"...Ressortzuteilung

Die Ressorts wurden noch vor der ersten Kommissionssitzung entsprechend dem Profil und der Erfahrung jedes Kommissionsmitglieds zugewiesen. "Ich wollte eine Nacht der langen Messer vermeiden", sagte der neue Präsident. Er schloß nicht aus, daß er seine Befugnisse aus dem Vertrag von Amsterdam nutzen werde, um die Ressortverteilung während der Amtszeit der Kommission zu ändern..."

Es wird Zeit, dass endlich die deutschen Medien mit cenjur DIE angreifen, die die wirklich Schuldigen mit weitreichenden Folgen für die Zukunft unserer Jugend und unseres Planeten sind.

Nochmals: das ist nicht das Europa-Parlament, das sind, wie oben als Spitze des Eisbergs aufgezeigt, EU-Ministerrat und EU-Kommission als Hüterin der Verträge.

¹ http://www.cenjur.de/EPC/pm_epc.htm

² <http://www.cenjur.de/EPC/241202p.pdf>

³ <http://www.cenjur.de/europa/ert.htm>

⁴ <http://www.cenjur.de/pages/prokom.htm>

⁵ <http://www.cenjur.de/pages/prodi2.htm>